

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtdruck: Hochdruck Dresden. Fernsprecher-Gesamtnummer: 25241. Nur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr Anzeigen-Preise.

Stetig in Dresden und Vororten bei pünktlicher Zahlung... Die einpaltige 27 mm breite Seite 75 Pf. ...

Schmelzung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Bezug von Viebig & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 19 395 Erlaub.

Nachdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

„Kühnscherf“-Aufzüge Seit mehr als einem halben Jahrhundert bewährt.

Personen- und Lasten-Aufzüge jeder Art.

Aug. Kühnscherf „& Söhne“ Spezialfabrik für Aufzüge :: Dresden, Gr. Plauensche Str. 20.

Die Regierungsaktion gegen München.

Die Lage in Bayern.

München, 15. April. In Nord- und Südbayern herrscht Ruhe. In München steht die weitestgehende Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung... Die Kommunisten haben eine große Anzahl von Arbeitern bewaffnet...

Der Befreiungskampf der Regierungstruppen.

München, 15. April. Mit Ostian, Deegenhof und Freilassung besteht keine Telefonverbindung. Die aus München indirekt gemeldet wird, liegen heute früh drei Hauptkämpfe und eine Anzahl von den Spartakisten besetzte Regierungsgebäude unter Granatfeuer der Regierungstruppen... Die Verhinderung der Bewegungstruppen trifft schließlich heute nachmittags vor München ein.

Wie sie marschieren.

München, 15. April. Die Münchner Kommunisten haben für mehr als 750 000 M. öffentliche und private Gelder „entlehnt“ (richtiger wäre „gehoben“). Im Besitze des kommunistischen Finanzministers Dr. Sipp hat man bei seiner Einlieferung in die Arrestanstalt große Mengen Bargeld, Wertpapiere und Juwelen vorgefunden. Die Regierung erteilte dem militärischen Oberbefehlshaber die Ermächtigung zur Verhängung des Standrechts in München.

Die Diplomatie der Räterepublik.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeld.) Der Minister des Auswärtigen der Räterepublik hatte, wie die „Germania“ meldet, an den Runtius Monsignore Pacelli folgenden Brief gerichtet: „Ich gebe mir die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich es mir zur heiligen Pflicht mache, die Sicherheit für die räterepublikanische Person und des gesamten Instituts der Runtianus in München zu garantieren...“

Bamberg, 15. April. (Eig. Drahtmeld.) Das seit einigen Tagen in Bamberg erscheinende neue Organ der Regierung Hoffmann „Der freie Staat“ erfährt aus München, daß die Räterepublik der italienischen Regierung den gesamten bayerischen Waldbezirk zu verpfänden angeboten habe für den Fall, daß Italien durch die Schweiz Lebensmittel nach München kommen läßt.

Berlin vor dem Generalfreist.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeld.) Der Generalfreist der kaufmännischen und industriellen Angehörigen Groß-Berlins wird noch im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen Tatsache sein. Für den Generalfreist kommen die Angehörigen folgender Bezirke in Betracht: Metallindustrie, die Großbanken, die chemischen Industrien, die Warenhäuser, die Hoch- und Untergrundbahn und die Elektrizitätsversorgungsanstalt. Von einschneidender Bedeutung für das Wirtschafts- und Verkehrsleben in Groß-Berlin wird der Streik der Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn werden, sowie der elektrische Straßenbahn und der Elektrizitätsversorgungsanstalten sein. Es erscheint auch als ausgeschlossen, daß die Arbeiter dieser Bezirke länger als höchstens zwei Tage ohne die Angehörigen ihre Arbeit forsicheren können. Es ist daher damit zu rechnen, daß schon morgen Berlin zum großen Teil ohne Licht sein wird, und daß schon in ein bis zwei Tagen weder die Untergrund- und Hochbahn, noch die elektrische Straßenbahn verkehren werden. Die Zahl der durch die Generalfreistproklamation in den Anstand getretenen Angestellten dürfte sich auf 150 000 bis 180 000 belaufen.

Einführung des Räterechts, sonst Generalfreist. Bremen, 15. April. (Eig. Drahtmeld.) Die Unabhängigen und Kommunisten haben gestern der Regierung ihre bereits bekannten Forderungen auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einführung des Räterechts in Form eines Ultimatums überreicht. Das Ultimatum läuft um 8 Uhr ab. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen soll sofort der Generalfreist proklamiert werden.

Die Bankbeamtenbewegung.

Weimar, 15. April. Heute fand in Weimar zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Bankstellen und Arbeitgeber im Bankgewerbe eine Besprechung statt. Die verhandelt, beabsichtigen die Angestelltenverbände, falls es zu keiner Einigung kommt, von morgen ab in sämtlichen Bankhauptstellen in den Generalstreik einzutreten, der sich auch auf die Beamten der Reichsbank ausdehnen soll. Die gestern abend angesetzten Verhandlungen zwischen Angestellten des Bankgewerbes und dem Reichsarbeitsminister Bauer führten zu keinem abschließenden Ergebnis.

Hamburg, 15. April. In den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Bankbeamtenverbände stimmten die Bankleitungen dem Vorschlag zu, daß die Mitarbeiter im Streit der Angestellten in Bezug auf Abfindungen und Entlassungen vorläufig bis zur Regelung durch einen Reichsgericht, ein Ausschussgesetz, aber eine für das Reich geltende Vereinbarung der Berliner Großbanken anzuerkennen. Damit kann der Streik der Bankbeamten als abgemeldet gelten. In den Betriebsverhandlungen der Norddeutschen Bank und der Commerz- und Diskontobank hat sich die Mehrzahl der Angestellten gegen den Streik erklärt.

Die kritische Lage am Quai d'Orsay.

Paris, 14. April. (Eig. Drahtmeld.) Aus dem Pariser Meldungen der englischen Blätter geht hervor, daß die Gefahr, die dem Zustandekommen des Brestvertrages droht, die Frage einer Annäherung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hat in den Bereich der Möglichkeit rückt. Der Pariser Vertreter des „Daily Express“ berichtet, daß das Problem des deutsch-amerikanischen Zusammenstoßes innerhalb der amerikanischen Vertretung des Friedenskonferenzen ernsthaft erwogen wird. Bezeichnend für die kritische Lage in Paris ist die Mitteilung, daß die Telegramme der englischen Korrespondenten aus Paris in den letzten Tagen zum erstenmal seit Beginn der Verhandlungen der französischen Telegrammen aus unterworfen sind.

Paris, 14. April. Nach einer heute in bestimmter Form gemachten Mitteilung meines Gewährsmannes ist seit gestern abend wiederum eine steiler ansteigende Veränderung der Lage bei der Friedenskonferenz zu verzeichnen. In den letzten französischen parlamentarischen und diplomatischen Kreisen war die Meldung von einem Einverständnis Wilsons zur wirtschaftlichen vorläufigen Annulierung des Saarbezuges von Anfang an auf unerschütterlichen Zweifel gestützt. Nun hat Wilson am Sonntag abend die für die französischen und englischen Delegierten verbliebende Mitteilung gemacht, Amerika gebe ein endgültiges Einverständnis zu irgend einem wesentlichen wirtschaftlichen Punkt oder in der Frage des Saarbezuges überhaupt nicht vor. Auf Grund der deutschen Delegationen. Wilson äußerte den Standpunkt, daß die ganze Methode der Verhandlungen geändert werden müsse. Diese Methode führte demnach zu keinem Ziele, weil alle Entscheidungen theoretisch blieben, bevor man mit den deutschen Sachverständigen verhandelt habe. Nicht nur Deutschland, sondern auch Amerika werde einen realpolitisch unmöglichen Vertrag abzuzeichnen. Darum seien alle Einverständnisse, die Amerika in den Hauptfragen bis jetzt gegeben habe, unter Vorbehalt zu verstehen auf die tatsächliche Annulierung der Zustimmung zu einem wirtschaftlichen Protokoll Frankreichs über das Saarbecken.

Quango, 14. April. (Eig. Drahtmeld.) Einer der Gründe zum Zwiespalt zwischen Wilson und Clemenceau besteht in der Forderung des letzteren, die Kriegsverantwortlichen, in erster Linie den Deutschen Kaiser, zu bestrafen. Wilson will aber aus konstitutionellen Gründen davon nichts wissen und wird damit teilweise unterstützt von Lloyd George.

Der „Vorwärts“ gegen Gewaltfrieden.

Berlin, 15. April. Under der Ueberschrift „Rein“ schreibt der „Vorwärts“: „Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgendeine deutsche Regierung gibt, die solche Friedensbedingungen unterzeichnen könnte. Wollen die gegenwärtigen Machthaber von Berlin sie durchführen, so werden sie die Sache selber in die Hand nehmen müssen und sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saarbezuges fertig werden, die deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Sie mögen selber erfahren, daß die in Vorschlag gebrachten Beträge von uns nicht herbeizubekommen sind, selbst wenn man uns das letzte herrische Betteln unter dem Felde und die letzten Stiefel von den Füßen zieht.“

Granen und Ekel.

Bern, 15. April. Zur Regelung der Frage des Saarbezuges schreibt die „Humanität“: Wir erwarten mit einem Gefühl von Granen und Ekel die Veröffentlichung der endgültigen Klausel, die dieses ökonomische Verbrechen aufheben soll, falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblicke in einer Aufwallung von Empörung forgerissen wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitbürger von Dresden!

Der monatelange bolschewistisch-kommunistische Verleumdungskampagne hat am Sonnabend zu einer Mordtat geführt, die die ganze feige und ehrlose Gekennung der bolschewistischen Bande erkennen läßt. Die kommunistischen Drahtzieher hatten sich für ihren verbrecherischen Plan der Verwundeten und Kriegsschädigten bedient, unwillige Soldaten wurden aufgereizt und mit ihren Forderungen zu einem blutigen Putsch mißbraucht. Die Forderungen der demonstrierenden Soldaten wurden durch Keuzing bewilligt, soweit dies im Bereich der tatsächlichen Militärbehörden lag, Befürwortung bei den Reichsbehörden wurde zugewinkt, soweit dies im Bereich der tatsächlichen Militärbehörden lag, Befürwortung bei den Reichsbehörden wurde zugewinkt. Was aber taten die Kommunisten für die armen Kameraden? Der verachtete Kommunist Franzel benutzte die Gelegenheit, durch eine feiner als feiner Brandrede und durch Verdröhung der Tatsachen die erreichte Masse bis zur Ueberrumpfung aufzufahren. So politische Verdröhung und Verleumdung zum Sturm aus Kriegsdienstverweigerung, so führte Verdröhung und Verleumdung zur bestialischen Einschüchterung unteres Gewisses, des Kriegsministers Keuzing. Er wurde roh mißhandelt, wurde von der Brücke in die Elbe geworfen, und als er in den Fluten um sein Leben rang, richteten die entmenschten Verbrecher auf ihr unglückliches Opfer ein heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer, bis Keuzing in den Fluten verlor.

Mitbürger, Volksgenossen! Die Dresdner Blätter ist nur ein Teil eines verbrecherischen Planes. In der Sachsischen Volkskammer drohte der Unabhängige Liebowann der Kammer erst vor einigen Tagen ein baldiges Ende an, in Berlin wurde Ende voriger Woche versucht, die Kriegsverlehten und Kriegerwitwen zu Demonstrationen aufzufahren, um die Regierung zum bewaffneten Einschreiten zu zwingen, in Dresden arbeiten die Spartakisten nach demselben Schema - der blutige Sonnabend war das ewig traurige Ergebnis dieser Wege.

Es liegt der Plan vor, das Elend der Kriegsverlehten für Spartakus und seine Diktaturabstichten zu mißbrauchen.

Die Dresdner Schandtat zeigt in furchtbarer Beleuchtung, was unser Volk von kommunistischer Gewalttätigkeit zu gewärtigen hätte:

Beseitigung jeder persönlichen Freiheit und jedes Rechtszustandes für die Staatsbürger.

Verleumdung und Mord für jeden Andersdenkenden.

Anarchie und Steigerung der Not, das wäre das Eldorado, in das uns die kommunistische Herrschaft führen müßte.

Wir rufen deshalb die gesamte Arbeiterschaft, mit unsen unseer Mitbürger und Volksgenossen auf, mit allen Mitteln gegen diese von Verbrechen zu Verbrechen schreitende Gewalttätigkeit Front zu machen. Laßt Euch nicht von einer Minderheit nergewaltigen! Seht der bolschewistischen Gewalt pure Gewalt entgegen. Klärt die Irreführten, durch Lügen und Verleumdung verwirrten Volksgenossen auf! Unterstützt die Regierung in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung! Die sozialdemokratische Parteilassung und die Gewerkschaften werden alles tun, um so schnell als möglich wieder geordnete Zustände herbeizuführen und die unglücklichen Verhältnisse, unter denen unser armes Volk leidet, nach Kräften zu mildern.

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei in Dresden.

Der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes Dresden.

30 Milliarden Blockadeschaden für Deutschland.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeld.) Das Reichswirtschaftsamt hat sich, wie die „Neue Zeit“ erfährt, neuerdings damit beschäftigt, die wirtschaftlichen Folgen der Blockade zu ermitteln. Danach belaufen sich die angerichteten Blockadeschäden für Deutschland auf über 30 Milliarden Mark.